

Zur Lage der indonesischen Chinesen

KLAUS VON DER DECKEN

Seit den Chinesenverfolgungen während der Sukarno-Zeit (um 1959–60) und den Massenmorden im Gefolge des Sturzes von Präsident Sukarno durch das Militär (1965), die als Kommunisten-Program erklärt wurden, wird über die Lage der indonesischen Chinesen nur selten berichtet. Journalisten dokumentieren spektakuläre Dinge wie die Erfolge der Regierung beim Wiederaufbau der durch Sukarno zugrunde gerichteten Wirtschaft oder die Korruption der in einträgliche Staatsämter neu eingetretenen hohen Offiziere, Ausrottungsfeldzüge gegen kommunistische Untergrundkämpfer oder aber Mißhandlungen von kommunistischen politischen Gefangenen. Das hintergründige Chinesenproblem scheint jedoch von den Indonesiern so weit verdrängt zu sein, daß nur intime Landeskenner es nachweisen könnten. Aus erster Hand lassen sich Informationen allenfalls von Chinesen vornehmer Kreise beschaffen, mit denen deshalb leicht Kontakt aufzunehmen ist, weil sie im Außenhandel tätig sind, ihre Kinder auf eigene Kosten im Ausland studieren lassen und sogar in die indonesische Armee aufgenommen werden. Zur Lage der Massen der Chinesen der unteren Schichten läßt sich jedoch aus gelegentlichen Erwähnungen in verschiedenen Periodika ein Tatbestand rekonstruieren, nach dem das Chinesenproblem keineswegs bewältigt wäre.

Historischer Rückblick

Die politische Lage der indonesischen Chinesen war schon lange sehr schwierig, da sie zwischen zwei Fronten standen: einerseits dienten sie den Europäern als Vermittler mit der einheimischen Bevölkerung, ohne Privilegien der Europäer in Anspruch zu nehmen. Auf der anderen Seite wurden sie von der einheimischen Bevölkerung mit den weißen Ausbeutern identifiziert. Ähnlich wie die Chinesen werden die melanesischen Ambonesen rassistisch diskriminiert, weil auch sie den Holländern, und zwar sogar als Soldaten, zum Ausbeuten der Indonesier gedient haben.

Als die Chinesen, zum Teil vor den Holländern, nach Indonesien einwanderten, siedelten sie sich auf unerschlossenem Land, z. B. bei Tangerang im Westen von Jakarta, in West-Banten, West-Kalimantan und auf dem Riau-Archipel, als Landwirte und Fischer an. Auf den Außeninseln arbeiten Chinesen als Minen- und Plantagenkulis. Ihre hauptsächliche sozio-ökonomische Funktion wurden jedoch Handel und Gewerbe. Als die Holländer für sich ein Fernhandelsmonopol durchsetzten, überließen sie den Chinesen unternehmerische Tätigkeiten, die sie selbst nicht ausüben, aber auch nicht den Indonesiern vorbehalten wollten; die Holländer bedienten sich der Chinesen für den Zwischenhandel zwischen kolonialem Großkapital und ein-

heimischen Produzenten und Konsumenten. Die chinesischen Dorfhändler regten mit ihrem Warenangebot die indonesischen Bauern zum Verkauf von Agrarprodukten an. Da die holländischen Kolonialisten die Chinesen vom Landerwerb ausschlossen, blieben ihnen außer Kuli-Tätigkeiten nur Handel und Gewerbe zum Lebensunterhalt.

Unter diesen historischen Bedingungen geriet in Indonesien der Handel sehr weitgehend in die Hände von Chinesen; jedoch ist nur etwa die Hälfte der indonesischen Chinesen im Handel tätig. Die chinesischen Handels- und auch Handwerkerbetriebe sind überwiegend kleinste Familienbetriebe ohne Angestellte (sie verkaufen z. B. Zigaretten stückweise). Immerhin wurde die Schicht der Händler relativ wohlhabend, und aus ihr ging wegen der besseren, vielfach westlichen (christlichen) Ausbildung ein großer Teil der Intelligenz Indonesiens hervor. Hier ist jedoch zu berücksichtigen, daß trotz der japanischen Bildungsleistungen während ihrer Besatzungszeit noch 1945 die Bevölkerung Indonesiens zu 94% analphabetisch war – ein anschauliches Beispiel für 350 Jahre holländische Zivilisationsarbeit!

Unter den indonesischen Chinesen nahmen die im Lande heimisch gewordenen sogenannten Peranakan eine Vorzugsstellung vor den großenteils als Kulis importierten sogenannten Totok ein. Die Peranakan bilden heute eine rassische Minorität, deren Kultur von der indonesischen abweicht, sich aber auch von der chinesischen unterscheidet. Unter dem Einfluß der indonesischen Umwelt und durch die früher viel häufigeren Mischehen sind alle möglichen Abstufungen der Assimilation erreicht worden. Z. B. ist eine Reihe von Chinesen zum Islam konvertiert, und die wenigsten Peranakan verstehen noch Chinesisch. Im ganzen zeigt die Peranakan-Kultur mehr indonesischen als chinesischen Charakter.

Anzeichen für offizielle Diskriminierung

Der völkerrechtliche Aspekt

Die indonesische Regierung hat durch Dekret des Volkskongresses vom 5. Juli 1966 die Verbreitung marxistisch-leninistischen Gedankenguts verbieten lassen und die Macht im Zeichen der Feindseligkeit gegen China übernommen. In der Klemme zwischen amerikanischer und sowjetischer Atommacht mußte China, das die Überseechinesen weder in die chinesische Außenpolitik noch in die Politik ihrer Heimatländer eingeschaltet hatte, hilflos zusehen, wie in Indonesien Chinesen massakriert wurden. Erst als 1967 die diplomatischen Beziehungen zur Volksrepublik China suspendiert wurden¹, und die chinesische Regierung nicht länger geltend machen durfte, die Rechte und Interessen der Auslandschinesen in Indonesien vertreten zu können, ließen die rassistischen Demütigungen nach.

In Indonesien leben bei einer Gesamtbevölkerung von rund 120 Millionen schätzungsweise 1,5 Millionen Chinesen ohne und 1,5 Millionen Chinesen mit indonesischer Staatsangehörigkeit. Aufgrund von Absprachen bei der Bandung-Konferenz 1955 hatten die indonesischen Chinesen sich für **eine** Staatsangehörigkeit

¹ Vgl. darüber: Friedman, Edward: Extremists Are Extremely Extreme. A View of Chinese Foreign Policy During the Cultural Revolution. Bulletin of Concerned Asian Scholars 2, 2 (1970), S. 59–62.

entscheiden sollen. Als Ausländer sollten die in Indonesien lebenden Chinesen gelten, die für chinesische Staatsangehörigkeit (d. h. für die VR China) oder Staatenlosigkeit (d. h. für Taiwan) optierten. Anträge, die chinesische Staatsangehörigkeit in die indonesische umzutauschen, werden schon viele Jahre lang nicht mehr bearbeitet². 1969 wurde das gesamte Optionsrecht einseitig widerrufen³, damit die erst heranwachsenden Chinesen nicht die indonesische Staatsangehörigkeit wählen können, ohne daß die Behörden ein Kontrollrecht besäßen. Personen, die noch nicht optiert haben, bleiben also Doppelstaater, und Indonesien kann sie als Ausländer behandeln.

Hinsichtlich von Ausländern verkündete die indonesische Regierung am 7. Juli 1967, Sicherheit von Leben, Eigentum und Arbeitsplatz sollten ihnen garantiert werden. Neu einwandernde Chinesen würden allerdings keine Arbeitserlaubnis erhalten und chinesische Schulen würden nicht zugelassen. In Indonesien von Chinesen angesammeltes Kapital werde als nationaler Reichtum in Händen von Ausländern angesehen, den es im Interesse des Wiederaufbaus und der Entwicklungsförderung zu mobilisieren gelte.

Wie sich jedoch herausstellte, wurde nicht die Regierungsverordnung Nr. 10/1969 außer Kraft gesetzt, daß alle ausländischen Klein- und Zwischenhändler die ländlichen Gebiete verlassen müßten. Unter Berufung auf dieses Gesetz, das, solange es eingehalten worden war (nämlich bis 1961), 120 000 Chinesen veranlaßte, sich repatriieren zu lassen, wurden unter dem jetzigen Regime erneut Chinesen vertrieben. Von den 10 000 aus Atjeh vertriebenen und in Medan (Nord-Sumatra) in Lagern lebenden chinesischen Flüchtlingen haben sich 4000 noch vor der Suspendierung der diplomatischen Beziehungen mit China repatriieren lassen. Die meisten der noch Verbliebenen haben jetzt die indonesische Regierung gebeten, sich darum zu bemühen, daß China auch sie zurückholt⁴.

Keine Integration — Assimilation!

Um zwischen Chinesen mit oder ohne indonesische Staatsangehörigkeit in praxi nicht unterscheiden zu brauchen, bedient man sich antikommunistischer Verordnungen. Die neue Regierung verbot sofort die wichtigste Organisation der Peranakan, den Beratungsausschuß für indonesische Einbürgerung BAPERKI, der sich der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Diskriminierung dieser Minderheit widersetzte. Die BAPERKI-Organisation, die in Djakarta eine eigene Universität unterhielt, hatte zwar ausschließlich Chinesen **mit** indonesischer Staatsangehörigkeit aufgenommen und sich ganz eindeutig für die Orientierung der Peranakan auf ihr indonesisches Heimatland eingesetzt⁵, aber da die Behörden heute behaupten, BAPERKI sei die chinesische Frontorganisation der Kommunisten gewesen, schwebt jedes ehemalige Mitglied in Gefahr für Leib und Gut.

² Kirk, Donald: Indonesia's Chinese Are People Without a Country. New York Times Magazine, 23. 10. 1966, S. 159.

³ Hecker, Hellmuth: Aufhebung von Staatsverträgen durch innerstaatliche Gesetze, dargestellt am Falle Indonesiens. Verfassung und Recht in Übersee 2, 4 (1969), S. 487–490.

⁴ Wereldmarkt No. 21 vom 3. 6. 1970.

⁵ Somers — Heidhues, Mary F.: Die chinesische Minderheit im politischen Leben Indonesiens. Zeitschrift für Politik 1968, S. 344 f.

Am 6. Dezember 1967 verkündete Staatspräsident Suharto, indonesische Bürger fremder einschließlich chinesischer Abstammung hätten künftig gleiche Rechte und Pflichten wie andere Indonesier. Durchführungsbestimmungen zu diesem Rechtssatz besagen, daß damit eine Assimilierung der Chinesen durch Ausmerzen von allem angestrebt wird, was der malaiisch-islamischen Bürgermehrheit mißfallen könnte. Nicht nur politische, sondern auch die kulturellen Bindungen an das Land der Vorfahren sollten gelöst werden: Chinesische religiöse Zeremonien sollten auf den Familienkreis beschränkt werden, chinesische Schulen und Zeitungen würden nicht zugelassen, und die chinesischen Familiennamen sollten aufgegeben werden⁶. Einzelne Militärkommandeure haben sogar angeordnet, daß nicht länger die chinesischen Tempel aufgesucht und in der Öffentlichkeit Gespräche nicht chinesisch geführt werden dürfen⁷.

Der wahre repressive Charakter dieser Bestimmungen wird dem unwissenden Ausland gegenüber so entstellt, als handle es sich z. B. bei der Malaiisierung der Familiennamen, die im Zusammenhang des chinesischen Ahnenkults geradezu religiösen Wert haben, um den guten Vorsatz, die bisherige Diskriminierung der „Schlitzaugen“ (mata sepiit) formal auszuschließen. Wenn die Chinesen auch noch immer einen überproportionalen Anteil der knappen Studienplätze an den Staatsuniversitäten belegen, sollte man doch wissen, daß die bestehenden chinesischen Schulen und die BAPERKI-Universität ohnehin längst vor dem Verbot niedergebrannt worden sind⁸, während die staatlichen Schulen nach wie vor „rein indonesische“ Kinder bevorzugen⁹.

Kein Rechtsstaat?

Die antichinesischen Verwaltungsmaßnahmen der indonesischen Regierung lösen, wie Mary F. Somers-Heidhues¹⁰ bemerkte, nur die reine Gewalttätigkeit ab, die bislang den meisten Schaden anrichtete. Außer ihren offiziellen antichinesischen Maßnahmen hat die indonesische Regierung auch den moralischen Verfall mitzuverantworten, der eine weite Verbreitung von antichinesischem Rassismus mit sich bringt. Der Regierung, die diese Verantwortung aus der Sukarno-Zeit ererbt hat, fehlen die Kräfte zum schnellen Ausgleich des während der Kolonialzeit unerträglich verschärften Gegensatzes zwischen wenigen privilegierten Chinesen und der Masse der ausgebeuteten Indonesier.

„Anarchie“?

Außenminister Malik, Wirtschaftsminister Sultan Hamengkubuwono und Präsident Suharto legen Wert auf das internationale Ansehen Indonesiens und wollen die

⁶ Roeder, O. G.: The Road from Bandung. Far Eastern Economic Review vom 2. 10. 1969, S. 57.

⁷ Go Gien Tjwan: The Assimilation Problem of the Chinese in Indonesia. Cultures et developpement (Université Catholique de Louvain) I, 1 (1968), S. 55.

⁸ Somers — Heidhues, a.a.O., S. 348.

⁹ Le Monde, 3. 11. 1967.

¹⁰ Somers — Heidhues, a.a.O., S. 349 f.

antichinesische Stimmung bändigen, weil sie sich vom Privatsektor der Wirtschaft, in dem sich traditionell wieder die Chinesen verdient machen könnten, mehr Effizienz als von Staatsbetrieben versprechen. Aber die Distanzierung der indonesischen Regierung von antichinesischem Terror besagt nicht viel angesichts folgenden Urteils der Internationalen Juristen-Kommission¹¹, die einen beratenden Status bei den Vereinten Nationen einnimmt, vom Dezember 1969: „Da eine zentrale Führung völlig fehlt, herrscht in vielen Teilen Indonesiens Anarchie, und Gewalttätigkeiten sind an der Tagesordnung. Extremer Antikommunismus ist nach wie vor stark verbreitet, und örtliche Kommandanten der Streitkräfte lassen auch heute noch zu, daß sich Terroristen an Personen oder Gruppen vergreifen, denen Sympathien für die Kommunisten nachgesagt werden.“ Der australische Rechtsanwalt Edward St. John, der Indonesien im Jahre 1966 als Beobachter im Namen der Internationalen Juristen-Kommission¹² besuchte, erklärte: „Nach Jahren der kommunistischen Propaganda und Einschüchterung von seiten der Kommunisten haben die Moslems und die Armee, oder einige Einheiten derselben, durch ihr Handeln oder ihr Versagen einzugreifen, eine schreckliche Rache genommen. Nach diesem Massenmord wird Indonesien nicht mehr das sein, was es vorher war; gewisse Auswirkungen werden Generationen überdauern.“

Als Folge von Guerilla-Kampfhandlungen wurde Ende 1968 in Purwodadi, Zentral-Java, von der Armee eine „Säuberung“ durchgeführt, in deren Verlauf 2000 Bauern verhaftet wurden. Erst lange danach wurde von Hadji Princen, dem Vizevorsitzenden des Instituts für Menschenrechte, ans Licht gebracht¹³, daß alle 2000 Bauern massakriert worden sind.

Niemand ist für die Beteiligung an den Massenmorden 1965–66 und danach zur Verantwortung gezogen worden; im Gegenteil, Grundstücke und anderer Besitz sowie Arbeitsstellen der Ermordeten und Verhafteten sind anderen Menschen zu gefallen. Religiöse Fanatiker, Armee- und Regierungskreise beeinflussen die Bevölkerung dahingehend, daß die Verhafteten als Kommunisten und daß alle Kommunisten als natürliche Feinde anzusehen seien. Ein selbstvernichtendes Argument lautet: sollten politische Häftlinge etwa nicht Kommunisten gewesen sein, so wären sie es im Gefangenenlager sicher geworden¹⁴.

Konzentrationslager

Über die zum Teil in einer Art Amok-Affekt und zum Teil kaltblütig¹⁵ begangenen Massaker von 1965–66 sollte nicht die unmenschliche Behandlung der kaum weniger als 100 000 politischen Häftlinge¹⁶ vergessen werden, die – viele von ihnen bereits

¹¹ Internationale Juristen-Kommission: Indonesien: Ein Land voller Gefangenenlager. Zeitschrift der Internationalen Juristen-Kommission Nr. 4 (1969), S. 9.

¹² Internationale Juristen-Kommission: Indonesien vermißt noch immer die Demokratie. Bulletin Nr. 27 der Internationalen Juristen-Kommission, Genf 1966, S. 9.

¹³ Le Monde, 28. 2. 1969.

¹⁴ Grundinski, Ulrich: Parteigründung im Gefängnis. Frankfurter Allgemeine Zeitung, 25. 2. 1970.

¹⁵ Gavi, Philippe: Konterrevolution in Indonesien. Frankfurt: Europäische Verlagsanstalt 1969, S. 36. Gavi schreibt einseitig prokommunistisch, was aber kein Einwand gegen die Verlässlichkeit der von ihm veröffentlichten Felderfahrten ist.

¹⁶ Internationale Juristen-Kommission: Indonesien: Ein Land voller Gefangenenlager. A.a.O., S. 10.

in ihrem 5. Jahr — ohne Gerichtsverfahren¹⁷ bis auf weiteres in Konzentrationslagern oder in Strafverbannung auf der Insel Buru gehalten werden. Anerkannten internationalen Organisationen wie dem Roten Kreuz ist niemals Gelegenheit gegeben worden, sich von den Haftbedingungen zu überzeugen; Indonesien und dem Ausland genügt es, wirtschaftlich zusammenzuarbeiten¹⁸. O. G. Roeder, der Indonesien-Korrespondent mehrerer westlicher Periodika, erklärt¹⁹, das Hauptproblem liege nicht in den Auswüchsen von Gefangenenmißhandlung, sondern in der allgemeinen Notlage, d. h. im Fehlen eines ausreichenden Budgets für die menschenwürdige Ernährung, Bekleidung und Unterbringung der Gefangenen, sowie in dem Versagen des Behördenapparates, das auch in anderen Bereichen des öffentlichen Lebens zutage tritt.

Die Rehabilitierung der politisch Verdächtigen ist auch deshalb so gut wie aussichtslos, weil die örtlichen Behörden immer wieder, oft sogar für Aufenthalts-erlaubnisse, einen sogenannten „Unbeteiligten-Nachweis“ (unbeteiligt am Putschversuch vom 30. 9. 1965) verlangen, der aber ehemaligen Gefangenen und Angehörigen von Gefangenen, sowie Witwen und Waisen der Ermordeten generell verweigert wird²⁰. So ist dieser Personenkreis auf Korruption angewiesen, obwohl er seiner Ernährer beraubt ist. Vor diesem zeitgeschichtlichen Hintergrund sind die speziell antichinesischen Maßnahmen zu sehen. So ließen die indonesischen Behörden Ende 1967, nachdem besonders von Atjeh her das Problem chinesischer Flüchtlinge längst bekanntgeworden war, das Dajak-Volk mehr als 50 000 Chinesen, meist Bauern, aus Bengkajang, West-Kalimantan verjagen²¹. Diese chinesischen Flüchtlinge leben zum Teil noch in Lagern in den Küstenstädten Pontianak und Singkawang, wo sie, vom Hunger geschwächt, von Seuchen dahingerafft werden. Taiwan hat geringe Hilfe geleistet. — Es wurde ferner bekannt²², daß in Menado, Nord-Sulawesi, im März 1969 wieder einmal ein chinesischer Tempel und chinesische Geschäfte durch den Mob geplündert und gebrandschatzt worden sind. Zum Schutz der Chinesen vor immer wieder drohenden Ausschreitungen des Mobs, wurde in letzter Zeit die Armee mehr und mehr als „Wachhund“ (andjing leher) eingesetzt. Sei es aus liberaler Ethik, sei es aus wirtschaftlichen Nützlichkeitsabwägungen stehen die tatsächlichen antichinesischen Maßnahmen der Regierung zwar in keinem Verhältnis zu ihren Proklamationen, mit denen sie radikalere Forderungen beschwichtigt. Aber antichinesische Ressentiments werden auf diese Weise nicht gerade abgebaut. Angesichts der zweifelhaften Informationspolitik der Regierung²³

¹⁷ „Die Regierung hat positive Schritte zur Ansiedlung kommunistischer Gefangener unternommen, die nicht vor Gericht gebracht zu werden brauchen.“ Zitat aus der Regierungserklärung von General Suharto am 16. 8. 1969. Indonesia magazine No. 1 (1969), S. 12.

¹⁸ Material über Einzelschicksale von politischen Häftlingen wäre zweckmäßig zu richten an Amnesty International, Turnagain Lane, Farringdon Street, London E.C. 4. Diese Organisation nimmt sich ihrer dann an.

¹⁹ Neue Zürcher Zeitung, 7. 1. 1970. Vgl. auch Roeder, O. G.: Die politischen Häftlinge in Indonesien. Zaghafte Ansätze zur Lösung eines Problems. Neue Zürcher Zeitung, 26. 10. 1969.

²⁰ Ulrich Grudinski: Roter Stern unterm Waffenrock. Frankfurter Allgemeine Zeitung, 27. 2. 1970.

²¹ Le Monde, 21. 11. 1967.

²² Le Monde, 27. 3. 1970.

²³ O. G.: Greueltaten auf Java? Fragwürdige Informationspolitik der Regierung. Neue Zürcher Zeitung, 13. 3. 1969.

ist es nicht verwunderlich, daß die indonesischen Massenmedien keine revidierte Meinung über die Chinesen und die früheren Mitglieder kommunistisch geführter Organisationen öffentlich artikulieren. Der Schriftsteller Pramudya Ananta Tur beispielsweise, der 1960 in einem Essay „Über die chinesische Frage in Indonesien“ den Rassismus mitsamt seinen wirtschaftlichen Implikationen heftig angegriffen hatte, wurde jetzt auf die Sträflingsinsel Buru deportiert. Dort genießt er als Prominenter eine Vorzugsbehandlung²⁴ — auch das gibt es. Siegfried Lenz, Günter Grass, Heinrich Böll und andere deutsche Schriftsteller bemühen sich um seine Freilassung.

Anzeichen für Rassismus

Manipulationen der öffentlichen Meinung

Rechtsanwalt St. John schrieb 1966 für die Internationale Juristen-Kommission²⁵. Ein Land, das so lange mit Propaganda gegen den Westen, gegen den Imperialismus und gegen den Kolonialismus überflutet wurde und in dem leere Reden über „neue emporstrebende Kräfte“ und „fortgesetzte Revolution“ geführt wurden, kann sich nicht so rasch wieder aufrichten. Es hat die Falschheit der Kommunisten erkannt, ist aber noch weit davon entfernt, sein Gleichgewicht zu finden. Man möchte gerne denken, daß es sich um einen Umschwung zum gesunden Menschenverstand handelt, vielleicht das spärlichste Gut in Indonesien nach der Revolution.“

Auch Justus M. v. d. Kroef, eine Autorität der Indonesienforschung, der 1969 schrieb²⁶, daß die neue Ordnung immer noch nicht die minimalen Bürger- und Menschenrechte garantieren konnte, hebt die antikommunistische Verfolgungswahnstimmung hervor, aus der der chinesischen Minderheit seit 1965 Schwierigkeiten erwachsen.

Da man sich in korrupten, reaktionären Militärkreisen nicht vorstellen konnte, daß eine Partei mit geringen Mitteln und großer Disziplin effektive Arbeit leisten könnte, wurde das Gerücht lanciert, die wohlhabenderen Chinesen finanzierten die indonesische Kommunistische Partei²⁷. Bei der Reorientierung der unter Präsident Sukarno zuletzt einseitigen außenpolitischen Zuneigung für die Volksrepublik China wurden die indonesischen Chinesen, deren Mehrheit vermutlich ebenso apolitisch wie die der Überseechinesen überall in Südostasien ist, als 5. Kolonne verleumdet²⁸. In diesen Zusammenhang gehört die Behauptung, der jetzt wahrscheinlich ranghöchste indonesische Kommunistenführer Jusuf Adjitorop, der von Peking aus operiert, unterhalte im chinesischen Singapur eine Agentur zum Aufbau eines subversiven Netzes in Indonesien. Indonesien befürchtet auch, daß der

²⁴ Roeder, O. G.: A Home for Communism. Far Eastern Economic Review 68,3 vom 15. 1. 1970, S. 24.

²⁵ Internationale Juristen-Kommission: Indonesien vermißt noch immer die Demokratie. A.a.O., S. 11.

²⁶ v. d. Kroef, Justus M.: The Anti-Communist Struggle in Indonesia. Eastern World 23, 5/6 (1969), S. 7–9.

²⁷ Frankfurter Allgemeine Zeitung, 1. 4. 1967; Somers–Heidhues, a.a.O., S. 348 f.

²⁸ Observer, 30. 4. 1967; Somers–Heidhues, a.a.O., S. 349.

Flottenstützpunkt von Singapur nach dem britischen Abzug den Sowjets zur Verfügung gestellt werden könnte. Um gleichzeitig religiöse Ressentiments in politischen Druck umsetzen zu können, wird Singapur als das „Israel der malaiischen Welt“ bezeichnet, zumal ihm Israel seit 1967 Militärhilfe zur Verfügung stellt²⁹.

Die eifrigsten Verfechter antichinesischer Maßnahmen sind die islamischen Parteien³⁰, die wegen ihrer Beziehungen zur malaiisch-indonesischen Geschäftswelt – und dazu gehört in Indonesien die Armeeführung – auch besonders antikommunistisch sind³¹. Diese herrschenden Kreise waren, wie Guy J. Pauker³² in einer wertvollen Analyse der Geschichte der indonesischen KP schildert, durch das Verlangen der Kommunisten, sich mittels Bewaffnung von organisierten Bauern und Arbeitern paramilitärische Macht zu verschaffen, und durch Gewaltakte zur einseitigen Durchführung der bislang verschleppten Bodenreform-Gesetze von 1960 in Nervosität und Panikstimmung versetzt. So ließen sich viele die Überzeugung suggerieren: Wenn wir sie nicht töteten, würden sie uns töten.

Korruption

Obwohl die gegenwärtige Regierung bei ihrer Haltung gegenüber den Bürgern chinesischer Herkunft den kulturellen Aspekt betont, sind die Probleme, die sich aus deren Minderheitenrolle ergeben, in erster Linie wirtschaftlich, gar nicht in erster Linie kulturell. Die Ersetzung chinesischer Händler durch nicht weniger habgierige „reine Indonesier“ (Asli) verurteilt im Gegenteil die Bauernschaft zu noch tieferer Abhängigkeit, weil die Chinesen infolge des holländischen Verbots, Land zu erwerben, nicht gewohnt sind, sich Bauernland anzueignen.

Schon seit der Ausschaltung der Holländer hat die indonesische Regierung durch Bevorzugung bei der Vergabe von Lizenzen und Krediten und durch Nationalisierung von ausländischen und auslandchinesischen Firmen die Bildung eines rein indonesischen Mittelstands fördern wollen. Unter den notorisch korrupten Verhältnissen Indonesiens³³ bedienen sich daraufhin „reine Indonesier“ chinesischen Unternehmertums, um sich an pro forma indonesischen Firmen oder Unternehmungen der öffentlichen Hand zu bereichern. Insbesondere bekam das Offizierskorps durch die

²⁹ Zur Gleichsetzung der Auslandschinesen mit den Juden vgl. Frankfurter Rundschau vom 16. 8. 1967.

³⁰ Ross, Thomas: Schattenspiele in Suhartos Indonesien. Frankfurter Allgemeine Zeitung, 27. 11. 1969.

³¹ Der religiöse Haß richtet sich nicht so sehr gegen andersgläubige Kreise, die z. B. Schweinefleisch essen; er gilt vielmehr den Marxisten-Leninisten, die an keinen Gott glauben. Vgl. Samson, Allan A.: Islam in Indonesian Politics. Asian Survey 8, 12 (1968), S. 1001–1017. – Walkin, Jacob: The Moslem – Communist Confrontation in East Java, 1964–1965. Orbis XIII, 3 (1969), S. 832. Walkin, der die Kommunistische Partei in Ostjava als eine überschätzte radikale Minderheit hinstellt, beschreibt die Hetze der Partei der islamischen Lehrer (Ulama) zu einem „Heiligen Krieg“ gegen die Atheisten zu Anfang des Jahres 1965.

³² Pauker, Guy J.: The Rise and Fall of the Communist Party of Indonesia. Santa Monica, Calif.: The Rand Corporation Memorandum RM – 5753, 1969.

³³ Präsident Suharto hat sich inzwischen u. a. durch Maßnahmen gegen die Korruption (vgl. Kemna, Friedhelm: Suharto startet Kampagne gegen die Korruption. Die Welt, 4. 2. 1970) einen erstaunlichen Konsens verschafft (Davis, Derek: On the Move Again. Far Eastern Economic Review 70, 43 vom 24. 10. 1970, S. 19).

Ermächtigung, Betriebe der ehemaligen Kolonialherren und chinesische Firmen zu verstaatlichen, wirtschaftlichen und politischen Einfluß.

Korrumpierte Beamte lassen sich nicht die Gelegenheit entgehen, auch malaiische Indonesier zu schröpfen; ist ihr Opfer aber chinesischer Abstammung, versteht sich die größte Unverschämtheit von selbst. Da Handelsunternehmen leichter als Landwirte erpreßt werden können und die Chinesen gut die Hälfte der Händler stellen, sind sie also ihres Berufes wegen der Korruption besonders ausgesetzt. Es ist üblich, daß chinesische Geschäftsleute sich Polizeischutz vor Plünderung ihrer Betriebe erkaufen müssen.

Klassenkampf

In der indonesischen Sozialstruktur überlagert die Klassenschichtung in Besitzende und Habenichtse einen uralten Gegensatz zwischen kulturellreligiösen Gruppen, der aus der ungleichmäßigen Islamisierung des Landes herrührt. Mit der Gruppe der Santris, der orthodoxen Moslems, fällt weitgehend die obere soziale Schicht, die aus malaiisch-indonesischen Kleinhändlern und aus Großgrundbesitzern mit deren Anhang besteht, zusammen. Einige von ihnen sind wohlhabend genug, daß sie sich die Pilgerreisen nach Mekka (hadj) leisten konnten. Die übergroße Mehrheit des landlosen Proletariats und des Kleinbauerntums dagegen gehört zusammen mit der altjavanischen Aristokratie der Prijajis zur Gruppe der Abangan, die nur formal islamisiert sind und in deren synkretistischem Glauben animistische und hindu-buddhistische Elemente überwiegen. Von den als Ungläubige bekämpften Kommunisten sind also die wenigsten authentische Marxisten-Leninisten; vielmehr besteht die Gefolgschaft der Kommunisten, die 1965 zwanzig Millionen, also ein Fünftel der Gesamtbevölkerung zählte, aus unaufgeklärtem Volk, gewonnen durch utopische Versprechungen von Wohlstand und anderen Verlockungen. Viele wußten nicht einmal, daß sie als Kommunisten angesehen wurden, was ihre fehlende Gegenwehr bei den Massakern erklärt.

Wie gegen die Kommunisten wird der religiöse Faktor als Schranke gegen die Integration der Chinesen mobilisiert. Die erste indonesische Massenpartei, Sarekat Islam, die religiösen Modernismus als Mittel nationalistischer Politik einsetzte, erwuchs 1912 ursprünglich aus einer Vereinigung javanischer Händler, die chinesisches Eindringen in die Batik-Industrie bekämpfte. Die Behauptung, erst mit der Zerstörung des „chinesischen“ Handels werde die erreichte Unabhängigkeit vollständig, appelliert an einen primitiven Nationalstolz, um den Interessen der nichtchinesischen Konkurrenz zu dienen. Auch Präsident Sukarno hatte sich als unfähig erwiesen, die denzeitgemäße Macht der Moslemparteien (v. a. Nahdatul Ulama) zu brechen, die den von ihnen vertretenen Geschäftskreisen die Privilegien eines klerikalen Staates zu sichern wünschen. Diese Schwäche erhöhte die Militanz der breiten Volksmassen, deren legitime Ansprüche nur verbal abgespeist wurden. Mit Rücksicht darauf hat die Sowjetunion gerade durch enorme Waffenhilfe für die indonesische Armee auf die Gestaltung der internationalen Politik in Südostasien in ihrem Sinne einwirken zu können geglaubt.

Obwohl man gerade unter dem chinesischen Proletariat Brutstätten des Kommunismus vermuten könnte, wurden z. B. von den Zinninseln Bangka und Bilitung, Zentren chinesischer Arbeiterschaft, weder kommunistische Aktivitäten noch ent-

sprechende Säuberungsaktionen gemeldet. In Ostjava aber, wo die Kommunistenverfolgungen am häufigsten waren, spielt das chinesische Proletariat eine vergleichsweise geringe Rolle. Antikommunismus scheint als rechtfertigendes Motiv für antichinesische Ausschreitungen auch nur vorgeschützt worden zu sein; und die antichinesischen Maßnahmen bedeuteten im allgemeinen gar keine Mißfallensäußerung für ein kommunistisches und zu Präsident Sukarnos Zeiten chinesisches Modell für Politik, Ideologie und internationale Beziehungen. Mit der Enteignung chinesischer Firmen und der Vertreibung von Chinesen wollte man im damaligen Indonesien vielmehr die Unfähigkeit verschleiern, das zuständige Großkapital zu bekämpfen, das als ein Erbe der Kolonialzeit in Indonesien investiert hat, z. B. die Firmen Royal Dutch Petroleum, Standard Oil und Standard Vacuum, Goodyear und Unilever. Wie Aidit, der Vorsitzende der indonesischen KP, es ausdrückte: „Unfähig, es mit dem Tiger aufzunehmen, bekämpfen sie die Katze“. So wurde antikolonialistischer Nationalismus in antichinesischen Rassismus umgesetzt.

Hatte schon die Preisgabe der parlamentarischen Demokratie (1959) Indonesien nicht den erhofften Aufschwung gebracht, so vertiefte die Verunsicherung der Chinesen, ihre Enteignung und Repatriierung die wirtschaftliche Zerrüttung Indonesiens immer weiter. Der Sachverstand, die Marktbeziehungen und das Kapital der Chinesen durften der indonesischen Volkswirtschaft nicht länger dienen. Die Chinesen wurden zur Spekulation, Glücksspiel, Betätigung am schwarzen Markt und Korruption verleitet. In diesem Zusammenhang ist es wichtig zu wissen, daß es sich bei den 1960–61 von China repatriierten insgesamt 120 000 Personen durchweg um tüchtige junge Leute und gelernte Arbeitskräfte gehandelt hatte.

Hoffnungslose Verschuldung, sich ausweitender Reismangel, ein durch Korruption gelähmter Regierungsapparat, von parasitären Offiziersgruppen verseuchte, defizit-erzeugende Staatsbetriebe und stagnierende Produktivität werden von dem Indonesier Suroso³⁴ als Erscheinungen eines durch eine halbkoloniale, halbfeudale sozioökonomische Struktur gekennzeichneten indonesischen Systems angeführt. Die Reaktionen der unruhigen, arbeitslosen Masse auf Inflation, Landhunger und wirtschaftliche Zerrüttung zwänge Großgrundbesitzer und parasitäre Militärs, ein – sei es auch nur kurzfristig wirksames – Ventil zu schaffen, um dadurch von dem realen Bedürfnis nach konkreten Veränderungen der überlebten Gesellschaftsstruktur abzulenken. So mußten die Chinesen für fanatische Moslems, Sukarnoisten, Demagogen und frustrierte Massen als schwarzes Schaf herhalten. Da zu erwarten ist, daß eine Regierung am ehesten bei stabilem Wirtschaftswachstum Minderheitenproblemen entgegenzuwirken imstande ist, sollte auch das Ausland günstige Voraussetzungen für die Zukunft der indonesischen Minderheiten schaffen.

³⁴ Suroso, Jusuf: Indonesien nach der Konterrevolution. Zum Faschismus in Südostasien. Das Argument Nr. 53 (11. Jahrgang, Heft 4), 1969, S. 329.